

Frei: »Hier scheitert der Rechtsstaat«

Flüchtlingspolitik | Hälfte der Abschiebe-Flüge im Bund storniert / 99 Rückführungen 2019 im Kreis vollzogen

Die Zahl in letzter Minute gescheiterter Abschiebungen ärgert den CDU-Abgeordneten Thorsten Frei. Künftig soll es kurz vor Abflug keine namentliche Zuordnung des Rückzuführenden zu einem Flug mehr geben, damit das Ticket nicht verfällt.

■ Von Jörg Peterkord

Ortenau. »Es ist absolut unbefriedigend, dass mehr als die Hälfte aller geplanten Abschiebungen abgebrochen werden müssen. Hier scheitert der Rechtsstaat und dabei darf es nicht bleiben. Einer der Hauptgründe für die Stornierung ist, dass der Abzuschiebende kurzfristig nicht aufgefunden werden kann. Künftig »No-Name-Buchungen« einzusetzen, ist ein guter Ansatz, um die vollziehbare Ausreisepflicht konsequenter durchzusetzen«, so Thorsten Frei, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Schwarz-

wald-Baar. Im Jahr 2019 gab es 99 Abschiebungen aus der Ortenau, die von den Ausländerbehörden beim Landratsamt Ortenaukreis und der Städte Achern, Lahr, Oberkirch, Kehl und Offenburg durchgeführt worden sind. Davon waren 31 Personen Straftäter, teilt das Innenministerium auf Anfrage unserer Zeitung mit. Die meisten der Abgeschobenen stammten aus dem Kosovo und Nigeria. Die Zahl der gescheiterten Rückführungen in der Ortenau war nicht zu erfahren.

Mit dem Migrationspaket habe die Regierung mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, betont Frei in einer Presseerklärung. »Wir haben die Voraussetzungen für den Ausreisegewahrsam und die Abschiebehaft gesenkt, die Betretensrechte für die Polizei neu geregelt und den Ländern durch die Aufhebung des Trennungsgebotes die Möglichkeit eröffnet, Haftanstalten für die Abschiebehaft zu nutzen«, führt er aus. All dies nütze aber nichts, wenn es in einigen Bundesländern an



Mehr als die Hälfte aller geplanten Abschiebungen müssten abgebrochen werden, kritisiert Thorsten Frei. Symbolfoto: Kappeler

dem politischen Willen fehlt, ablehnende Asylbescheide auch konsequent durchzusetzen. So gebe es erneut gewaltige Unterschiede: »Während Bayern seine Rückführungsquote im vergangenen Jahr steigern konnte, brach sie in Thüringen, Brandenburg und Niedersachsen um 25 bis 30 Prozent ein.«

Innenminister Thomas

Strobl hatte bei der Vorstellung der Abschiebezahlen in Baden-Württemberg für das Jahr 2019 am 6. Februar betont, dass das Land der freiwilligen Rückkehr den Vorrang einräume. Die Abschiebung greife erst, wenn ein Ausreisepflichtiger der Aufforderung zur freiwilligen Ausreise keine Folge leiste. Die Zahl der freiwilligen Rück-

kehrer im Bundesland werde im Jahr 2019 hinter der Zahl des Jahres 2018 zurückbleiben. Mindestens 1514 ausreisepflichtige Ausländer sind in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 freiwillig in ihren Herkunftsstaat zurückgekehrt oder erhielten eine Bewilligung zur Förderung ihrer Rückkehr.

In der Ortenau sind im Vorjahr 48 Personen für den Eintritt der freiwilligen Ausreise gefördert worden.

INFO

Bleiberecht

»Abschiebungen waren schon immer ein schwieriges Geschäft – und es wird immer schwieriger. Zudem werden die Möglichkeiten, die das Bundesrecht für Bleibemöglichkeiten bietet, in immer stärkerem Maße ausgeschöpft«, erklärte Innenminister Thomas Strobl bei der Vorstellung der Zahlen für 2019 in Baden-Württemberg.